

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Mr. 136

Dienstag den 13. Juni 1922

5. Jahrgang

Nm internationale Garantien für die Volksminderheitenrechte.

Die bereits berichtet wurde, hat die internationale Vereinigung der Völkerverbündigen („Union internationale des Associations pour la Société des Nations“) am 4.—6. Juni in Prag tagt. Ihre Beschlüsse sind und bekannt. Für uns Deutschen ist es besonders wichtig, daß die genannte Gesellschaft in allen Staaten ihre Anhänger hat und nicht selten im Geheimen sowohl auf unserer Seite als auch auf die öffentliche Meinung gewisser Gesellschaften und Regierungen Einfluß ausübt. Unser Interesse an den weiteren Tagungen dürfte umso lebhafter sein, da sich schon seit längerer Zeit die polnische Gesellschaft mit der Lage der Volksminderheiten in Polen beschäftigt.

Der Grundsatz „Schutz der Völkerverbündigen“, die sich auf den Friedensverhandlungen in Versailles durchgesetzt hat, brachte die Anerkennung der Völkerverbündigen mit sich und zugleich den Wunsch, daß die Rechte der Volksminderheiten, die in den Verträgen anderer Staaten einverleibt wurden, unbedingt durch internationale Garantien und internationalen Schutz gesichert würden.

Die Ergebnisse der Vereinbarungen sind dem Schutze des Völkerverbündigen anerkannt worden, der dadurch als mächtigste internationale Gewalt des Rechts erhielt, sich in die inneren Zustände der betreffenden Staaten einzumischen.

Die Vereinigung der Völkerverbündigen strebt danach, die Grenzen ihres Wirkungsgebietes so weit wie möglich auszuweiten. Und diese Frage gerade war das Hauptthema der Verhandlungen auf den Sitzungen und den Zusammenkünften in Wien, Brüssel und München, auf welchen zugleich das Material für die Zusammenkunft am 4. Juni in Prag vorbereitet wurde.

Auf der Konferenz, die der Hauptzweck der Vereinigung der Völkerverbündigen in Wien im Oktober 1921 abhielt — während dieser Zeit tagte dort zugleich der Kongress der Völkerverbündigen — wählte man einen besonderen Ausschuss für die Volksminderheitenfrage und beschloß, die Rechte der Minderheiten festzulegen. Und sie der Völkerverbündigen zur Genehmigung vorzulegen. Die ersten Sitzungen hielt dieser Ausschuss in der Zeit vom 19. bis 20. Januar in Brüssel ab. Man kam überein, daß die Hauptaufgabe der Vereinigung der Völkerverbündigen der Ausbau der in den Friedensverhandlungen noch unvollkommen festgelegten Rechte der Volksminderheiten ist. Außerdem beschloß man zu den zukünftigen Konferenzen die Vertreter der einzelnen Völkerverbündigen hinzuzuziehen. So erschienen schon zur zweiten Konferenz des Ausschusses, die im April d. J. in München tagte, die Vertreter der Deutschen in Polen: Herr Raumann, Vorsitzender des Deutschbundes, Herr Hasbach und der Vertreter der deutschen Arbeitervereine in Polen Herr Knabensdorff. Diese Herren sprachen nicht allein über die Lage der Deutschen, sondern auch über die Lage der anderen Minderheiten in Polen.

Wie bereits bemerkt wurde, waren alle diese Sitzungen als Einleitung für die Zusammenkunft in Prag anzusehen.

Bekanntlich bestimmt Artikel 12 des Vertrages über die Volksminderheiten, der neben anderen Staaten auch Polen verpflichtet, daß jedes Mitglied des Reiches habe, den Rat auf Verträge oder auf Befehlen der Untertreuer irgend einer der Verpflichtungen, welche die Rechte der Volksminderheiten betreffen, aufmerksam zu machen, und daß der Rat solche Maßnahmen ergreife und so sprechend wie er es als zweckmäßig und erfolgversprechend für den gegebenen Augenblick hält.

Ein Streit in diesen Angelegenheiten zwischen der Regierung des polnischen Staates und dem Rat, oder einem von den großen verbündeten Staaten und einem Mitglied des Völkerverbündigen soll gemäß den Bestimmungen des Artikels als ein Streit internationalen Charakters angesehen und auf Verlangen des betreffenden Staates dem ständigen internationalen Gerichtshof übergeben werden, dessen Beschlüsse das Recht auf Anwendung ausüben und dieselbe Gewalt haben wie die Beschlüsse, die auf Grund des 13. Artikels des Vertrages des Völkerverbündigen gefaßt wurden.

Die Volksminderheiten beabsichtigen jedoch noch weiter zu gehen. Von den Vorschlägen, die in Wien laut wurden und in Prag eingehend besprochen wurden, verdient die weisse Aufmerksamkeit vor allem der Vorschlag zur Schaffung einer besonderen Völkerverbündigenkommission für Minderheiten in jedem Staat. Polen hat allerdings mit den Kommissionen des Völkerverbündigen, wie z. B. die Wilnaer Frage und die Tätigkeit der Kommission des Herrn Gorbunow sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Ein anderer Vorschlag wiederum, der in Art einer Resolution von den Soziologen in Wien angenommen wurde, will in jedem Staat, in dem

Minderheiten vorhanden sind, Gerichtshöfe schaffen, die aus drei Vertretern der Volksminderheiten und drei Vertretern der Majoritätsvolkes bestehen sollen. Doch sollen die Entscheidungen dieser Gerichtshöfe die Berufung beim internationalen Gerichtshof in Haag zulassen. Dieser Vorschlag führt zum internationalen Gerichtswesen, denn man kann mit Recht zweifeln, ob bei dem herrschenden politischen Fatalismus in Polen irgend eine Entscheidung einer Instanz Erfolg haben wird, trotzdem sie seitens beider interessierten Teile gefaßt wurde. Der erste Vorschlag erhebt sich, da er weiter geht als der zweite, der Unterstützung der Volksminderheiten. Wir wissen bereits, daß die in Prag gefaßte Resolution Wilson diesen Vorschlag gutgeheißen hat.

Es ist klar, daß die Annahme dieser Vorschläge durch die Vereinigung der Völkerverbündigen noch nicht ihre Durchführung in der Praxis bedeutet. Aber schon diese Resolutionen selbst schaffen gute Hoffnung, weil der internationale Ge-

Das kritische Stadium der Kabinettskrise.

Die Unterhandlungen bezüglich der Neubildung des Kabinetts begegnen nach wie vor großen Schwierigkeiten, die ihre Ursache in rein grundsätzlichen Fragen haben. Der über die Verhältnisse in den Regierungen und Sejmkreisen gewöhnlich gut unterrichtete Krakauer „Kurjer“ berichtet am 9. d. Mts. darüber aus Warschau melden:

Der heutige Tag hat formell eine gewisse Entspannung der Lage gebracht, da der Sejmarschall im Seniorenkongress festgestellt hat, daß die Schlussfolgerung des Kongresses hinsichtlich der Kandidatur für den Posten des Ministerpräsidenten den Staatschef nicht bindet, der sie demnach annehmen oder zurückweisen kann.

Trotzdem lassen die Nachrichten über den Verlauf der Audienz der Vertreter der „Wyzwolenie“-Gruppe der P. S. L., Pias und P. P. S. beim Staatschef auf eine Verlängerung der Kabinettskrise schließen, da der Staatschef erklärte, zurückzutreten, falls die Kandidatur Ponikowskis kräftig unterstützt werden sollte.

Die erwähnten Fraktionen werden sicher unverzüglich die erforderlichen Schritte unternehmen, um einer solchen außergewöhnlich ernsten Situation vorzubeugen.

In politischen Kreisen ist man über das Verhalten Ponikowskis sehr verwundert, der, entgegen seiner bisherigen loyalen Haltung, die rechtsstehenden Parteien dazu ermächtigt, seine Person gegen den Staatschef auszuspielen.

Im übrigen glaubt man in den Sejmkreisen an eine Wiederkehr Ponikowskis nicht mehr. Man denkt da eher an eine Kandidatur Narutowicz, Witos, Wojciechowski oder Darowicz. Selbstverständlich wird die Entscheidung doch bei Herrn Pilsudski liegen!

Warschau, 12. Juni. (Polpr.) Wir erfahren vom Außenministerium, daß die Vertreter der Republik Polen, Graf Zamojcki aus Paris, Wrublewski aus London und Sobanski aus Brüssel telegraphisch nach Warschau berufen wurden.

Warschau, 12. Juni. (Polpr.) Die Kreise des Belvedere erwägen die Kandidatur Wojciechowskis für den Posten des Ministerpräsidenten, mit gleichzeitiger Übernahme des Innenministeriums in einem außerparlamentarischen Kabinett. Der polnische Gesandte in Paris, Graf Zamojcki wird als Außenminister erwogen.

Die Abgeordneten Hasbach und Spidemann beim Staatschef.

Von der Vereinigung der deutschen Sejmabgeordneten wird uns geschrieben: Auf telegraphische Einladung wurden Sonntag um 7.30 abends die Abgeordneten Hasbach und Spidemann als Vertreter der Deutschen Vereinigung im Sejm durch den Staatschef

empfangen, der an die Erschienenen folgende Fragen stellte: Erste Frage: Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach der Seniorenkongress im Sejm; ist er beratend oder beschließend? Antwort: Nach Ansicht unserer Partei habe der Seniorenkongress nicht das Recht, Beschlüsse zu fassen, dies komme allein dem Sejm zu, wohl aber sei er dazu da, den Marschall dauernd über die Ansicht der einzelnen Fraktionen auf Befragen zu unterrichten. Die im Seniorenkongress erschienenen Vertreter seien aber Beauftragte ihrer Fraktionen.

Zweite Frage: Welche Kompetenzen hat nach Ihrer Ansicht der Staatschef bis zu den Neuwahlen bei Bildung einer Regierung?

Antwort: Unserer Meinung nach kann sowohl der Staatschef als auch der Sejmarschall bei Bildung eines Kabinetts — jedoch nur im Einvernehmen mit dem Sejm, resp. nach Feststellung der Meinung der Parteien — im Seniorenkongress die Initiative ergreifen.

Dritte Frage: Glauben Sie nach Lage der Dinge die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts für möglich?

Antwort: Nein, im übrigen kommt es uns Vertretern der deutschen Minderheit erst in zweiter Linie darauf an, ob das Kabinett ein parlamentarisches oder interparlamentarisches ist. Wir legen das Hauptgewicht auf die Forderung, daß das jeweilige Kabinett sich unbedingt auf die Konstitution stützt und die den Minderheiten im Staat durch den Minderheitschutzvertrag garantierten Rechte verwirklicht.

Zum Schluss sprachen die Erschienenen die Hoffnung aus, daß es bald gelingen möge, ein Kabinett zu bilden, das die Garantie für rechtliche unparteiische Durchführung der bevorstehenden Neuwahlen für Sejm und Senat sichert, zumal die Minderheiten im heutigen Sejm nicht annähernd ihrem Anteil an der Bevölkerungszahl im Lande entsprechend vertreten sind.

Vor der Entscheidung über Wilna und Ostgalizien.

Die Wilnaer „Litwa“ schreibt: Wie Londoner Blätter berichten, hat Lloyd George während seiner Unterredung mit Skirmunt erklärt, daß hinsichtlich Ostgaliziens und Wilnas noch vor der Haager Konferenz eine endgültige Einigung herbeigeführt werden wird. Die strittigen Fragen soll der Oberste Rat, der sich am 10. Juni d. J. versammeln wird, entscheiden.

Beschleunigung der Uebergabe Oberschlesiens.

Paris, 10. Juni. Der Vorkommerrat hat heute dem polnischen Gesandten die Antwort auf eine Note in der Angelegenheit der Uebergabe Oberschlesiens zugesandt. In der Antwort wird erklärt, daß der Vorkommerrat den General Le Ronde angewiesen hat die Uebergabe Oberschlesiens an Polen und Deutschland zu beschleunigen.

Englands Antwort auf die französische Denkschrift.

Paris, 11. Juni. (Pat.) Die englische Antwort auf das Memorandum Bonicars, wurde heute dem französischen Außen-

Minister übergeben. In dieser Antwort drückt England sein Einverständnis damit aus, daß an der Konferenz im Haag eine Sachverständigenkommission teilnehmen sollen und daß die russische Denkschrift vom 4. Mai nicht berücksichtigt werden soll. Weiter heißt es in der Antwort, daß die in Cannes festgelegten Grundsätze auch für die Haager Konferenz gelten müssen. Es wird ferner die Notwendigkeit hervorgehoben, daß auch die russischen Vertreter vom 26. Juni ab zur Konferenz zugelassen werden müssen. Der Grundsatz der Souveränität Russlands müsse berücksichtigt werden, wie denn auch dessen Programm nicht angefochten werden dürfe. Auf der Konferenz soll die Erörterung politischer Fragen vermieden werden. Die englische Antwort betont die Notwendigkeit, daß das Privatvermögen von Russland zurückgefordert werden müsse, ohne auf Entschädigung für die konfiszierten Güter Anspruch zu erheben.

5. Jahrgang

Paris, 10. Juni. (A. B.) Die hiesige Presse berichtet, daß der französische Gesandte im Haag die Weisung erhalten soll, am 15. d. Mts. auf der ersten Konferenz der Sachverständigen der verbündeten Staaten eine Erklärung abzugeben, in der die Zurückziehung der Denkschrift der Sowjets vom 11. Mai gefordert wird, um es Frankreich zu ermöglichen, an weiteren Beratungen teilzunehmen. In dieser Deklaration soll Frankreich die Entsendung einer besonderen Kommission nach Russland verlangen.

Vorläufig keine Anleihe für Deutschland.

Paris, 12. Juni. (Pat.) Wie „Chicago Tribune“ berichtet, hat Morgan in der Sitzung des internationalen Anleihekommitees erklärt, daß bis zum nächsten Frühjahr auf eine Beteiligung Amerikas an einer großen internationalen Anleihe für Deutschland nicht zu rechnen sei. Der größere Teil des in Amerika zur Verfügung stehenden Kapitals werde zur Finanzierung der Ernte verwendet werden. Nach Ansicht Morgans würden im nächsten Frühjahr die Bedingungen für die Uebernahme eines Teiles der Anleihe bedeutend günstigere sein als im Herbst dieses Jahres.

Die kritische Wirtschaftslage Oesterreichs.

Wien, 12. Juni. (Pat.) Die „Arbeiter Zeitung“ berichtet, daß der Wiener Arbeiterrat nach Anhörung des Berichtes Bauers eine Resolution gefaßt hat, in der erklärt wird, daß wenn die Kreditaktion von Seiten des Auslandes kein Ergebnis zeitigen sollte, der Arbeiterrat die sozialistische Partei zur Aufnahme des Kampfes um den wirtschaftlichen Anschluß Oesterreichs an Deutschland auffordern wird.

Paris, 11. Juni. (Pat.) Die Wiedergutmachungskommission nahm den Redaktionsbericht des Anleihekommitees entgegen. Die Kommission wird neuerdings zusammengetreten um den Wortlaut der Antwort an Deutschland zu beschließen.

Wien, 12. Juni. (Pat.) Die Wiedergutmachungskommission nahm den Redaktionsbericht des Anleihekommitees entgegen. Die Kommission wird neuerdings zusammengetreten um den Wortlaut der Antwort an Deutschland zu beschließen.

Ein Kabinett Kato in Japan.

Tokio, 12. Juni. (Pat.) Admiral Kato hat die Mission der Kabinettsbildung mit der entschiedenen Absicht übernommen, zwischen Washington und Tokio eine Verständigung herbeizuführen sowie den Haushalt der Armee zu ordnen.

Wien, 10. Juni. (A. B.) Der in Wien weilende englische Finanzkontrolleur Jung veranlaßt angeblich die Schaffung von vier Kommissionen aus Fachbeamten und Sachverständigen, die sich mit folgenden Angelegenheiten befassen hätten: 1. Ausgleich des Haushalts; 2. Verminderung der staatlichen Unternehmungen; 3. Wiederaufbau der Landwirtschaft; 4. industrielle Fragen. Die Organisation dieser Ausschüsse dürfte ziemlich lange dauern, da die österreichische Nationalversammlung für die Dauer von 10 Tagen vertagt wurde.

Ein Kabinett Kato in Japan.

Tokio, 12. Juni. (Pat.) Admiral Kato hat die Mission der Kabinettsbildung mit der entschiedenen Absicht übernommen, zwischen Washington und Tokio eine Verständigung herbeizuführen sowie den Haushalt der Armee zu ordnen.

Die Lage in Irland.

London, 11. Juni. (Pat.) Zwischen Griffith, Churchill und Chamberlain fand eine Konferenz statt. Glaubwürdige Kreise sind der Ansicht, daß der neue irische Verfassungsentwurf die englischen Verhältnisse in 4 Hauptpunkten befriedigt.

Belfast, 11. Juni. (Pat.) Durch Brandstiftung wurden heute einige Häuser eingeschert. Der Schaden ist ungeheuer.

Seafeld, 12. Juni. (Pat.) Ueber die englisch-irischen Verbandsverhandlungen wird berichtet, daß die Verständigung zur Tatsache wird. Lord George hat gestern einem Vertreter der „Sunday Times“ erklärt, daß er über den Verlauf der Konferenz sehr befriedigt sei.

Ein unerhörter Anschlag auf die Verfassung.

Eine Anfielversammlung sollte am Freitag, den 26. Mai, mittags 1 Uhr, im Gasthaus zu Gr. Schönbrunn stattfinden. Der Vertrauensmann der dortigen Ortsgruppe des Deutschbundes meldete mehrere Tage vorher diese Versammlung beim zuständigen Amtsvorsteher Kleinik-Gr. Schönbrunn an. Derselbe sagte aber, daß er die Versammlung nur dann gestatten würde, wenn ausschließlich in polnischer Sprache verhandelt und das Protokoll polnisch geführt werden würde. Einige Stunden, bevor die Versammlung stattfinden sollte, suchte der Geschäftsführer Schmidt aus Graudenz den Amtsvorsteher auf und machte ihn darauf aufmerksam, daß nach den Bestimmungen lediglich eine Anmeldung 48 Stunden vorher genügt, was geschehen sei. Der Amtsvorsteher erwiderte, daß er eine Verfügung der Starostei Graudenz erhalten habe, wonach sämtliche Versammlungen nur in polnischer Sprache abgehalten werden dürfen, und er auf keinen Fall die Versammlung gestatten würde. Als ihn der Geschäftsführer darauf aufmerksam machte, daß den Minoritäten in der Verfassung und dem Minoritäten-Schutzvertrag der Gebrauch der Muttersprache gesichert sei, entgegnete er, daß die Polen früher auch nur in deutscher Sprache verhandeln durften, es könne sein, daß er sich irre, aber dann könne ja Versteher eingeleitet werden. Als ihm gesagt wurde, daß dieses selbstverständlich geschehen würde, sagte er, es möchte noch etwas erwartet werden, er wolle telefonisch beim Starosten anfragen. Inzwischen warteten zahlreiche Anfiel der umliegenden Anfielungen, von denen den meisten, trotzdem sie im Gebiet der Republik Polen geboren sind, vom Bezirkslandamt gestrichelt ist, auf Erklärung über ihre ungewisse Lage. Der Amtsvorsteher schickte zwecks Überwachung den Stadtmehrwahlmeister Mantel ins Gasthaus, mit der Anweisung, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe. Nach drei Stunden langen Wartens wurde beim Amtsvorsteher angefragt, ob er sich mit dem Starosten verhandelt hätte. Die Antwort lautete: Es wäre nicht möglich gewesen, Anschlag zu bekommen. Das Verbot wurde aufrecht erhalten. Die Anfiel warteten, nachdem sie einen halben Tag nutzlos verbracht hatten, unverständlicher Sache den für manchen ziemlich weiten Heimweg antreten.

Die „Deutschen Nachrichten“, denen wir die sen Bericht entnehmen, fügen hinzu: „Wir er suchten den Graudenz Starosten, öffentlich zu erklären, wie er sich zu der Angelegenheit stellt, und ob er tatsächlich eine Anordnung erlassen hat, für die jede geistliche Handhabe fehlt.“

Sollte die Nachricht zutreffen, dann würde man gut tun, dem selbstherrlichen Starosten je ein Exemplar der Verfassung der Republik Polen und des Minderheitenschutzvertrages an sichtbarer Stelle auf dem Schreibtisch zu legen und die in Betracht kommenden Artikel rot anzu streichen.

Ueberfälle bolschewistischer Banden auf polnischem Gebiet.

Wilno, 10. Juni. (A. B.) Anfang Juni überfielen mit Gewehren und Maschinengeweh ren bewaffnete bolschewistische Bänder die polnische Grenze. Sie verbrannten eine Reihe von Landhäusern und polnischen Dörfern und ließen Proklamationen zurück, deren Inhalt gegen die polnische Regierung gerichtet ist. Dem Ueberfall fielen vier Menschen zum Opfer. Die Bänder wurden vertrieben. Gleichzeitig überschritt eine Abteilung bolschewistischer Reiter die Grenze und überfiel die Güter Malosch, Glosnik und einige andere. Die Gutbesitzer wurden gestöbt, die Pferde mitgenommen und sämtliche Wertgegenstände geraubt. Alle Bänder wurden schnell zurückgedrängt.

Ähnliche Ueberfälle haben im Kreis Dru nitza stattgefunden. Am 8. d. M. überfielen bolschewistische Bänder die Grenze bei der Station Japki und plünderten Landgüter und Dörfer. Sie wurden vom Militär zurückgeworfen. Am gleichen Tage, am 9. Uhr morgens, haben wiederum Bänder unsere Grenze überschritten und den Personenzug Nr. 1552, der nach Wolodczyno fuhr, beschossen.

Die Krankheit Lenin's.

Moskau, 11. Juni. (A. B.) Die Ärzte stellen bei Lenin Entzündung der Gehirnhäuten und fortschreitende Lähmung fest. Seit zwei Wochen nimmt Lenin an den Regierungsgeschäften nicht mehr teil und befindet sich auf dem Gute Reinbofs

Deutsche Eltern!

Wenn Eure jetzt schulpflichtig werdenden Kinder eine Deutsche Schule besuchen sollen, so müßt Ihr eine diesbezügliche Erklärung an den Lodzer Schulrat einreichen.

Die Frist läuft schon am 30. Juni ab!

Vordrucke sind Piramowiczstraße 5 zu haben.

2736

Deutsche Eltern, versäumt nicht Eure völkische Pflicht!

bei Moskau. Im Volksrat vertritt ihn Ingenieur Burtuga.

Der neue Chef der Tscheka.

Belgrad, 9. Juni. (Kupf.) Die „Nowoje Wremja“ schreibt, daß die Sowjetregierung anstelle des zurückgetretenen Kommissars Unschicht den an der Ermordung der Jarenfamilie mitbeteiligt gewesenen Symoloto zum Chef der Tschekawitschajka ernannt hat.

Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre.

Riga, 11. Juni. (Pat.) Aus Moskau wird mitgeteilt: Am 8. d. M. begann hier der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre. Der Verhandlung wohnten alle Mitglieder der Sowjetregierung, außer Lenin bei. Die Sitzung eröffnete der Vorsitzende des Revolutionärtribunals Blatow. Die Anklage wirft den Angeklagten vor: Die Organisation von bewaffneten Anschlägen gegen die Sowjet, blutige Ueberfälle und die Unterhaltung von Verbindungen mit dem auswärtigen Feind. Die Art der Anklage und der Verteidigung beweisen, daß der Prozeß einen Kampf zweier politischer Parteien darstellt. Der Angeklagte Henselmann legt im Namen von 22 Angeklagten Protest ein gegen die Zusammenfassung des Gerichtes. Nach einer Beratung, an welcher Rylenko, Padoul, Murawien und Lunatschski das Wort ergriffen, wies das Gericht den Protest Henselmanns zurück. Damit schloß der erste Verhandlungstag.

Am zweiten Verhandlungstage, am 10. d. M. sollten während der Verlesung der Anklageschrift die Angeklagten das Wort ergreifen. Der Vorsitzende schloß diese Forderung jedoch ab. Dies rief einen Proteststurm hervor. Nach einer Unterbrechung wurde die Anklageschrift weiter verlesen. Das Vorlesen dauerte 6 Stunden.

Das verheulte Rußland.

Riga, 11. Juni. (Pat.) Die Lettische Telegraphenagentur meldet aus Moskau daß 44 Gouvernements des europäischen Rußland und ein Teil der Ukraine von der Cholera ergriffen sind. Diese Seuche verbreitet sich auch in der kirgisischen Steppe. Außerdem wird gemeldet, daß in der Ukraine 200 000 Pferde an Rot erkrankt sind.

Lokales.

Lodz, den 13. Juni 1922.

Sieg auch in der St. Johanniskirche!

Pastor Burckes Worte von dem „Haukei Agitatoren in Lodz“ sind durch die Wahlen in die verfassunggebende Synode glänzend widerlegt worden. Wenn schon die Wahlen in der St. Trinitatiskirche eine überwältigende Mehrheit gegen Burckes erbrachten, so ist vorgeföhrt in der St. Johanniskirche mit dem Wahlzettel der schlagende Beweis erbracht worden, daß die Lodzer evangelischen Glaubensgenossen in ihrer großen Gesamtheit die Politik Pastor Burckes und damit ihn selbst entschieden verurteilen. Denn was bedeuten 322 Stimmen, die für die Liste 2 abgegeben wurden, gegenüber 5856 Stimmen der Liste Nr. 1? Diese 322 Stimmen können höchstens als der Ausdruck des Willens der 4 Kandidaten der Liste Nr. 2, deren näheren und fernerer Angehörigen und der 30 Personen, die die Liste eingereicht haben, betrachtet werden. Weiter aber auch nichts! Der Wille der Gemeinde hat in der Wahl der Liste Nr. 1 seinen unverfälschten und heulichen Ausdruck gefunden.

Die Beteiligung an der Wahl war im großen und ganzen bedeutend stärker als in der St. Trinitatiskirche. Dennoch aber ist die große Mehrheit vieler Gemeindeglieder zu rügen, die sich nicht bequemen wollten, persönlich die Stimme abzugeben, sondern ihre Wahlzettelungen den Familienangehörigen übergaben. Sie wurden natürlich abgewiesen, was den Verlust dieser Stimmen zur Folge hatte. Hervorzuheben ist, daß der Wahlprozeß vom Kirchenkollegium sehr gut vorbereitet worden war. Die Stimmenabgabe konnte sich daher glatt und schnell abwickeln. Es ist dem Kirchenkollegium hoch anzurechnen, daß es die Wahl durch keinerlei besondere Formalitäten erschwerte.

Von den abgegebenen Stimmen wurden 28 für ungültig erklärt. Auf ihnen befanden sich verschiedene Aufschriften.

Gewählt wurden somit die Herren: August Uita, Christian Adolf Krause, Wilhelm Adolf Martin, Hermann Fiedler.

Am Trinitatistage fand in Petrikau die Wahl des Delegierten für die Synode statt. Die deutsche Liste siegte mit 480 gegen 24 Stimmen; 15 Stimmen waren ungültig. Gewählt wurde Herr

Ludwig Döring. Es ist anzuerkennen, daß der Ortspastor sich während der Wahl neutral verhalten hat.

In Bialystok erlitten die Burckesfreunde gleichfalls eine Niederlage. Ihr Kandidat war der unter dem Druck des Ortspastors und infolge der Propaganda seiner Gattin vom Kirchenrat aufgestellte Präses des letzten, Herr Oskar Sjoen (so schrieb er seinen Namen auf der Liste!). Diese Liste trug die Nummer 1. Ferner waren noch drei Listen aufgestellt: Nr. 2 Otto Ränger, Lehrer; Nr. 3 Adolf Schmidt, Bäckereimeister, Nr. 4 Theodor Schiffer, Ingenieur. Gewählt haben 187 Gemeindeglieder, von denen 2 unbeschriebene Wahlzettel abgegeben. Die übrigen 185 Stimmen verteilten sich auf die einzelnen Listen wie folgt, wobei zu bemerken ist, daß die Listen je mehr Stimmen erhielten, je weiter ihr Kandidat von Burckes steht: Nr. 1 — 26 Stimmen, Nr. 2 — 31 Stimmen, Nr. 3 — 36 Stimmen, Nr. 4 — 71 Stimmen. Gewählt wurde mithin Herr Ingenieur Schiffer.

In Nowa-Wies siegte die deutsche Liste. Herr Kranz, ein guter Deutscher, ging mit über 200 Stimmen gegen 5 durch.

Die Synode in Warschau. Das Konfistorium sandte den Pastoren den Entwurf einer Verfassung der Evangelisch-Luth. Kirche in Polen für die Synoden der Gemeinden. Der Entwurf sei auf Veranlassung des Konfistoriums ausgearbeitet und auf Konferenzen in Warschau, Lodz und Posen als Unterlage für die verfassunggebende Synode angenommen worden. Die Synode tritt am Dienstag, den 20. Juni, in Warschau zusammen und wird mit einem Gottesdienste in der Kirche um 10 Uhr morgens eröffnet werden. Die Synoden versammeln sich am genannten Tage um 9½ Uhr morgens im Konfirmationsaal der Warschauer Gemeinde (neben der Kirche, über der Kirchenkanzlei; die Pastoren im Talar), von wo sich alle im Zuge in die Kirche begeben werden. Die Predigt in deutscher Sprache wird der General superintendent Burckes, in polnischer Sprache Senior Kallisch aus Posen halten. Die Sitzungen der Synode beginnen am 20. Juni, nachmittags 3 Uhr. Den Synodalen ist vom betreffenden Pastor unter Beibringung des Amtsiegels eine Bescheinigung eingehändig.

Gegen die Wahlordnung. Am Sonntag fand die angekündigte Straßendemonstration gegen die Wahlordnung statt. Der Demonstrationszug setzte sich am Wasserweg über die Petrikauer Straße nach dem Plac Wolności in Bewegung, wo einige Reden an die Versammelten gehalten wurden. Die im Zuge getragenen Plakate trugen Aufschriften wie: „Wir fordern die Auflösung des Sejm“, „Wir fordern die Einführung der Konstitution“ u. a.

Um 7 Uhr abends fand im Saale der Philharmonie eine politische Massenversammlung statt, die dem Protest gegen den Entwurf der Sejmwahlordnung gewidmet sowie gegen die beabsichtigte Änderung des Wiedereingewähltes und der Rechte der Arbeiter gerichtet war. Der Abgeordnete P. U. l. a. sprach von dem schweren Kampf, den die sozialistische Sejmvertretung für die Schaffung einer Arbeitergesetzgebung führt. Eine glänzende Rede hielt der Abg. Dr. Marek. Er entrollte vor den Zuhörern ein Bild der einstigen Kämpfe der Polnischen Sozialistischen Partei für die Unabhängigkeit und kam dann auf die Kämpfe der Gegenwart, die Kämpfe für die Befreiung des arbeitenden Volkes von den wirtschaftlichen und politischen Fesseln, zu sprechen. Neben wies auf die Zersplitterung der Arbeiterklasse in der ganzen Welt wie auch in Polen hin. Kommunisten, Sozialisten, Nationale Arbeiterpartei und Christliche Demokraten bekämpfen sich gegenseitig auf das heftigste, während der Kapitalismus und die Reaktion geschlossen der Arbeiterklasse gegenübersteht. Die einheitliche Front des arbeitenden Volkes ist das Gebot der Stunde. Die gesamte Arbeiterklasse Polens müsse sich unter dem Banner des Sozialismus vereinigen, müsse aufhören sich gegenseitig zu bekämpfen. Der Abg. Ziemiński sprach von der Wahlordnung und den zukünftigen Wahlen, wobei er darauf hinwies, daß die Nationaldemokratie bemüht sei, eine Regierung aus Rußer zu bringen, die bereit wäre, die Wahlen in ihrem Sinne und zu Ungunsten der linken Parteien durchzuführen. Von diesem Gesichtspunkte aus beleuchtete Redner auch die gegenwärtige Regierungskrise.

Nach diesen Ansprachen wurde eine Resolution verlesen, die sich gegen den von der Sejmkommission ausgearbeiteten Entwurf der Wahlordnung wendet und die Abänderung desselben im Sinne wahrer Demokratie und Gleichberechtigung fordert. Die Resolution enthielt auch einen Protest gegen die Anschläge auf die Errungenschaften und Rechte der

Wir sind billig!

Die große Nachfrage in unseren Geschäften beweist es uns:
Herren-Ülster 28,00, 30,00
Sacco-Anzüge 20,00, 22,00
Hosen 7,00, 8,00
Sommer-Kleider 4,00, 5,00, 6,00

Dr. med. H. Roschaner

zurückgekehrt.
Sprech- und Behandlungsort: — Juchaczka 9,
von 8—10.30 Uhr und von 4—8 Uhr abends. 2647

Arbeiterchaft. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die neuen Sejmabwahlen. Die mir aus maßgebenden Kreisen erfahren, wird sich die Zentrale der Wahlbehörde, das Staatliche Wahlkomitee und das Generalkommissariat der Wähler in Warschau befinden. An der Spitze eines jeden Wahlkreises steht ein Wahlkreisamtskommissariat, dem ein Richter sowie fünf andere Mitglieder angehören, von denen eins durch die Wojewodschaft, zwei durch den Sejm und zwei durch die Stadtverordnetenversammlung berufen werden. In rein städtischen Wahlkreisen werden alle Mitglieder durch die Stadtverordnetenversammlung berufen. Der Wahlordnungsentwurf steht für die Vorarbeiten zur Wahl 2½ Monate vor, demnach müßten die Vorarbeiten (falls die Wahlen vor dem 1. Oktober stattfinden sollen) schon Mitte Juli in Angriff genommen werden.

Die Millionanka. In der letzten Sonnenabendziehung fiel der Gewinn von einer Million Mark auf die Nr. 4448146.

Geldlotterie des Roten Kreuzes. Lose der Lotterie des Roten Kreuzes sind nur noch bis zum 14. Juni im Bureau des Roten Kreuzes, Petrikauer Straße 96, sowie in größeren Geschäften und Institutionen zu erhalten. Der Preis für ein ganzes Los beträgt 1200 M., für ein Viertellos 300 M. Die Ziehung findet am 20. Juni in Warschau statt. Die größten Gewinne sind 2 Millionen, 1 Million, ½ Million.

Deutschland und die Wolgadeutschen in Deutschland. In den nächsten Wochen wird unter dem Kennwort: „Brüder in Not“ eine Reichsammlung für die notleidenden Deutschen an der Wolga ins Leben gerufen.

Gegen die Schaustellung von unzüchtigen Schriften. In Anbetracht dessen, daß viele Besitzer von Buchhandlungen in Lodz (sowie in der Umgegend bei der Einrichtung der Schaufenster nicht mit der öffentlichen Moral rechnen, indem sie Bücher mit Sensationsstücken sowie demoralisierendem Inhalt ausstellen, hat sich das Lodzer Schulkuratorium zwecks Anordnung entsprechender Verfügungen an die Wojewodschaft gewandt. Diese ersuchte alle ihr unterstellten Behörden, streng darauf zu achten, daß solchen die Jugend demoralisierenden Ausstellungen Einhalt geboten wird.

Der Bankbeamtenstreik. Am Sonntag um 10 Uhr morgens, fand im Lokale des Verbandes polnischer Handelsangehörigen eine große Versammlung der streikenden Bankangestellten statt. Aus dem Bericht der Verwaltung ist zu ersehen, daß sich diese am Sonntagabend an den Arbeitsinspektor mit der Erklärung gewandt habe, daß die Bankangestellten einen allgemeinen Streik nicht wünschen und deshalb den Vorschlag des Verbandes der Banken anzunehmen gewillt seien. Auf der am 10. Juni stattgefundenen Sitzung der Lodzer Abteilung des Verbandes der Banken wurde jedoch der Beschluß gefaßt, einen gemeinsamen Vertrag mit dem Verband der Bankangestellten nicht abzuschließen, sondern vielmehr den einzelnen Direktoren freie Hand zu lassen. Gegen diesen Beschluß protestierten die Versammelten auf das schärfste, da sie in diesem Vorgehen der Banken einen Anschlag auf ihren Verband sahen. Die Versammlung beschloß, die Verwaltung zur Unterzeichnung eines Kollektivvertrages mit dem Verband der Banken zu ermächtigen. Was die Abschließung von Verträgen mit den einzelnen Direktoren anbelangt, so war sich die Versammlung darüber einig, daß dies auf keinen Fall stattfinden dürfe.

Eine Tagung der Reserveoffiziere. Uns wird geschrieben, daß am 14. Juni, um 6 Uhr abends, im Offizierskafee, Rozciuzko Allee 4, eine Tagung der Reserveoffiziere der Lodzer Wojewodschaft stattfand. Auf dieser Tagung soll die neue Verwaltung sowie die Delegierten für die in Warschau stattfindende allgemeine Tagung der Reserveoffiziere gewählt werden. Die Herren Reserveoffiziere werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Der übliche Bäckerstreik. Im Lokale der Bezirkskommission der Klassenverbände fand eine Versammlung des Verbands der Bäckerangestellten statt, aus der Herr Komorowski über den Verlauf des Streikes Bericht erstattete. Daraus ist ersichtlich, daß sich viele Meister an den von ihnen unterzeichneten Vertrag nicht halten und statt 40 Proz. Lohnerhöhung nur deren 20 Proz. zahlen. Aus diesem Grunde entstehen des öfteren Streitigkeiten. Die Versammelten beschloßen, auf der 40 Proz. Lohnerhöhung unbedingt zu bestehen. Sollten die Meister nicht gewillt sein, den Vertrag einzuhalten, so soll auf einer besonderen Versammlung über die Verhängung eines neuen Streiks beraten werden. Stp.

Der Streik der Klempner beendet. Auf einer beim Arbeitsinspektor stattgefundenen Kon-

jetzt wurde zwischen den Kumpen-Meistern und Arbeitern eine Einigung erzielt. Den Kumpen wurden 50 Proz. Lohnsteigerung bewilligt. btp.

Die Schabewegung unter den Brauereiarbeitern. Wie bekannt, fordern die Brauereiarbeiter 50% Lohnsteigerung. Die Brauer bewilligten 33%. Die Brauereiarbeiter sind gewillt diese Steigerung anzunehmen, doch machen sie die Anpreisung eines bbl. Vertrages von der Einstellung der Brauereibefitzer mit den Expedienten abhängig. Die Expedienten fordern wöchentlich 20 000 Mk. festes Gehalt und 2% des Erlöses für veräußertes Bier, während die Brauereibefitzer ihnen nur 2 1/2 Mk. vom Liter dieses Bieres gewähren.

Stadtverordnetenversammlung. Am heutigen Dienstag, um 6 Uhr abends findet im Saale in der Pomeroystr. 16 eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt.

Städtischer Zuschuß. Die Stadtverordnetenversammlung hat auf Antrag des Vödg. Magistrats beim Verband der Volkstheater in Warschau eine einmalige Unterstützung von 100 000 Mk. gewährt. btp.

Zur Behebung des Wohnungsmangels. In Anbetracht des großen Wohnungsmangels und der Unwahrscheinlichkeit von der Regierung eine Unterstützung zu erhalten, haben sich Privatpersonen sowie öffentliche Institutionen zusammengeschlossen, um Schritte zur Behebung des Wohnungsmangels zu unternehmen. Zu diesem Zwecke wird die Gründung von drei Banken, die Unterstellungen an Bauunternehmer gewähren sollen, geplant. Die Kapitalisierung dieser Banken ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Kapitalien werden von den Mietern sowie den Personen, die Wohnungsbau zu bauen beabsichtigen aufgebracht werden. Die eine Bank soll von den Industriellen, die zweite von den Mietern und die dritte von den Hausbesitzern gegründet werden.

Englischer Besuch. Einige Mitglieder des englischen Unterhauses werden im Juli nach Polen kommen und die Städte Warschau, Lodz, Posen, Krakau und Lemberg besuchen.

Polizeistreife im Stachytpark. Die Polizei verhaftete im Stachytpark 24 verdächtige Personen, von denen einige nach Feststellung ihrer Personellen wieder entlassen wurden. btp.

Im Helenenhof. An der alljährlich ein sehr zahlreiches Publikum ein, welches in den schönen Alleen promeniert und einige genussreiche Stunden außerhalb der Stadt und ihres lauten Getriebes verbringt. Gestern wird der Reiz des Aufenthalts im Helenenhof durch die musikalischen Darbietungen, die alljährlich stattfinden. Während der Mal. wöchentlich das Polstergehörte Konzerte gibt, spielt jeden Tag im Garten das allseits bekannte Streichquartett unter der Leitung des Herrn Wladimir T. d. d. dessen Ruf als erstklassiger und überaus talentierter Violoncellist. Die Freunde guter Musik nach Helenenhof lockt. Herr T. d. d. führt das Repertoire seines Quartetts aus den Werken der modernen und klassischen Musik zusammen und erzielt alljährlich bedeutenden Erfolg.

Neue Fleischpreise. In einer im Wochenamt festgestellten Sitzung der Fleischkommission wurden die Fleischpreise um 10—20 Proz. erhöht, und zwar für Schweinefleisch um 10 Proz., für Rindfleisch um 10—20 Proz., für Kalbfleisch um 15—20 Proz., für Lamm- und Hammelfleisch um 20 Proz. Die neue Preisliste ist in der Evangelischen Kirche 5 erhältlich und muß in jedem Fleischladen ausgehängt sein.

Eine Handgranate im Park. Im Stachytpark fanden Knaben eine Handgranate, die dem Polizeikommando übergeben wurde. btp.

Verwahrlosung. Auf dem Boden des Hauses in der Alexandrystr. 52 vergewaltigte der 14-jährige Walenty Kuczyński die 6-jährige Helena Szymankowa. btp.

Was sich liest. Am Freitag, um 11 Uhr abends, kam es zwischen dem Koch des Grand-Hotel, Bugowski, Pomeroystr. 87, und seiner Braut Stanisława Majewska, Wulcanstr. 230, zu einem heftigen Streit auf offener Straße. Die Majewska drohte, sich an ihrem Bräutigam zu rächen, wenn es ihm einfallen sollte, ihr untreu zu werden. In den Streit mischte sich ein Polizist ein. Bugowski stellte ihm jedoch Widerstand entgegen, so daß dieser den Säbel ziehen mußte. Als Bugowski abgeführt werden sollte, stürzte er sich auf seine Braut und versetzte ihr einen Schlag in das Gesicht. Die Geliebte blies ihm nichtsahnend und schlug zurück. Erst unter Anwendung von Gewalt gelang es beiden nach dem 7. Polizeikommissariat zu bringen, wo ein Protokoll über den Vorfall verfaßt wurde. Nachdem beide entlassen worden waren, setzte sich Bugowski in eine Droßkoffe und fuhr davon, während seine Braut eine zweite Droßkoffe mietete, um seine Verfolgung aufzunehmen. btp.

Unfälle. Die in der Alexandrystr. 24 wohnhafte Ester Mielich fiel in der Pomeroystr. so unglücklich aus einem Straßenbahnwagen, daß sie sich eine Verrenkung der linken Schulter zuzog. Die Verunglückte wurde im Rettungswagen nach ihrer Wohnung gebracht. btp.

An der Ecke der Petrikauer und Andzyskastr. wurde der 28-jährige Jan Walewski von einem Straßenbahnwagen angefahren. Der Verunglückte wurde nach seiner Wohnung gebracht. btp.

Petrolkummlagerhäuser. Die Bauabteilung des Vödg. Magistrats beschloß, nur in bestimmten Gegenden die Anlegung von Petrolkummlagerhäusern zu gestatten, u. zw.: in der Konstantynowska Str. nach Westen von der Cienna Drozka bis zur Strzyżowskastr. sowie am Schienenstrang entlang

Herr Pastor Engel

aus Amerika

hält nächsten Donnerstag, den 15. Juni d. J., 8 Uhr abends, in der Aula des Deutschen Gymnasiums einen

Vortrag

über die lutherischen Freikirchen Amerikas.

Zutritt für jedermann.

2760

nach dem Süden von der Station Karolow zwischen der Sultanowska Str., Dombrowska Str. und dem Schienenstrang der Ringbahn, zwischen dem Schienenstrang der Vödg. Fabrikbahn sowie längs des Schienenstrangs der geplanten Bahn Lodz-Katowice. btp.

Raubüberfälle. Am 5. Juni, um 8 Uhr abends, wurde auf der Landstraße zwischen Mielczew und Sulewice auf Abram Wiklons ein Raubüberfall verübt. Die Banditen, die mit Revolvern bewaffnet waren, raubten dem Wiklons 51 200 Mk. btp.

In der Obywatelskastr., in der Nähe von Reklina, wurde auf einen Jan Budych ein Überfall verübt, wobei dieser von einem Unbekannten einen heftigen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand auf den Kopf erhielt. btp.

Diebstahl. Der in der Wulcanstr. 148 wohnhafte Schuhmachergeselle Adolf Stäbke stahl einem Meister verschiedene Schuhwaren im Werte von 135 000 Mk. Adolf Stäbke wurde verhaftet. btp.

Spende.

Uns ist nachstehende Spende zur Weitergabe übermittle worden, für die wir den Spendern im Namen der Bedachten herzlich danken.

Für die Wolgabewerke M. 15.000, gesammelt durch H. P., Wladyslaw, an einem Stababend. Mit den bisherigen 4.889.550 Mk., 3 Rbl. und 163 Paleten zusammen 4.854.550 Mk., 3 Rbl. und 163 Paleten.

Kunst und Wissen.

Ada Sari in Lodz. Man schreibt uns: Die hervorragende Solopräsentin Ada Sari ist nach erfolgreichem Erscheinen in Italien und Frankreich nach Polen zurückgekehrt und wird in Lodz ein einziges Mal am Montag, den 19. d. M., im Saale der Philharmonie auftreten. Frau Sari ist legenden in allen Hauptstädten der Welt aufgetreten und war überall durch das Publikum enthusiastisch aufgenommen. Es ist nicht zu zweifeln, daß das Konzert von Ada Sari das größte Interesse auch in unseren musikalischen Kreisen hervorruft wird. Am Klavier wird Herr Dr. Ryder begleiten.

Amundsen Nordpolfahrt. Nach einem Telegramm aus Seattle ist Kapitän Amundsen auf seinem kleinen Expeditionsschiff „Naud“ zu einer auf sieben Jahre berechneten Forschungsreise nach dem nördlichen Eismeer in See gegangen.

Ein vortreffliches Tischgeschloß. Die englischen Forschungsreisenden Selges und Fitzwilliam, die heute von einer Studienreise aus San Blas und dem Gebiet des Chucunagua im Isthmus von Panama zurückgekehrt sind, berichten, daß sie die ersten Weizen waren, denen es gelang, in diesen Gegenden der tropischen Inseln einzubringen. Sie haben von ihrer Forschungsreise eine große Sammlung von indianischen Gegenständen, primitiven Waffen und Bekleidungsgegenständen der Eingeborenen nach Hause gebracht, Gegenstände, die auffallend an solche erinnern, wie sie im alten Ägypten Brauch waren. Der Galt von San Blas in Columbia liegt an der Nordküste des Isthmus von Panama. Der Chucunagua-Fluß fließt südlich des Isthmus in die San Miguel-Bucht im Stillen Ozean.

Ein Staatsbeamter als Dozent. Präsident Masaryk wird, wie unser Korrespondent meldet, in diesem Semester auf Erträgen des Professorenkollegiums der tschechischen philosophischen Fakultät in Prag mehrere Vorlesungen über Ethik halten.

Der Historiker Hermann Prell ist im Alter von 66 Jahren in seinem Heim Dresden-Lohchwitz gestorben. Zu seinen bekanntesten Arbeiten gehören die großen Wandgemälde in den Rathäusern zu Dresden, Worms, Hildesheim und Danzig, im Festsaal des Berliner Architektenhauses und im Palazzo Caffarelli in Rom. Hermann Prell wird in seiner Geburtsstadt Leipzig beigesetzt werden.

Sport.

Der zweite Rundlauf in Lodz. Am Sonntagabend fand der vom „Kurier Ludzki“ veranstaltete Rundlauf statt. Schon lange vor der angesetzten Zeit hatten sich große Menschenmassen auf dem Platz Wolnowski sowie in der Petrikauer Straße versammelt, die mit großer Spannung den Beginn des Rundlaufes erwarteten. Um 6.55 Uhr stellten sich auf dem Platz Wolnowski 58 Läufer auf. Um 7.5 Uhr starteten sie. Der Wettlauf nahm seinen Weg durch die Konstantynowska, Panska, Nowodworska und Petrikauer Straße bis zum Kolosse des

„Kurier Ludzki“. Als erster legte die Strecke von 4 420 Metern in 15.5 Minuten J. Rembowski vom 28. Kaniower Schützenregiment zurück, zweiter wurde Kosiński vom „Ludzki Klub Sportowy“, dritter Kuziński, Klub „Cracovia“ in Krakau, vierter Kozicki, Soldat des 60. Infanterieregiments in Ostrow und fünfter Soldat des 60. Infanterieregiments Woltersdorf aus Ostrow. Diese Läufer erhielten Preise. Sechster wurde Herr Abel („Sturm“ in Lodz) und siebenter Herr Baran, Lemberg. Die Preise verleihte das Mitglied der Jury, General Paschuk.

Vereine u. Versammlungen.

Jahresgeneralversammlung des Vödg. Männergesangsvereins. Am Sonntagabend, den 10. Juni fand im eigenen Lokal die diesjährige ordentliche Jahresgeneralversammlung des Vödg. Männergesangsvereins statt. Der Präses des Vereins, Herr Dr. Leopold Gantner, eröffnete die Versammlung um 9 1/2 Uhr abends und auf seinen Vorschlag hin eruchten die Anwesenden Herrn Albert Schilde die Leitung der Versammlung zu übernehmen. Zunächst verlas der Schriftführer, Herr Alfred Tögel, das Protokoll der ordentlichen Jahresgeneralversammlung vom 7. Mai 1921, sowie das Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 3. April 1922. Hierauf verlas der Schriftführer seinen Bericht über die Tätigkeit des Vereins im verflossenen Vereinsjahr. Der Bericht enthält u. a. nachstehende Ausführungen:

„Der Verlauf des letzten Vereinsjahres ließ deutlich darauf hinweisen, daß der Vödg. Männergesangsverein trotz der vielfachen Schwierigkeiten, mit welchen er nach innen und außen zu kämpfen hat, seinen alten Ueberlieferungen treu geblieben ist und den Gesang und heitere Geselligkeit mit Begeisterung weiterpflegt. Wohl ist es nur ein bescheidener Kreis, der allsonnabendlich die Singstunden regelmäßig besucht, aber das Interesse, welches eben dieser kleine Kreis dem Gesang und den Angelegenheiten des Vereins entgegenbringt, wird, so hofft der Vorstand, in der Zukunft zur Vergrößerung der Zahl der wirklich singenden Mitglieder anregen. Der scheidende Vorstand dankt den Herren Sängern für den regen Besuch der Singstunden und wünscht, daß sie auch fernerhin sich um das Banner des Vereins scharen möchten. Wohl ist es wahr: Die Begeisterung für den Gesang wird erst dann in unseren Kreisen lebhaftere Wellen schlagen, nachdem die eine grauame Last abgelastet sein wird, die die Bekämpfung und Antisepsis in unsere Reihen hineingebracht hat: Die Requisition des Vereinsgebäudes. Diese datiert bereits seit dem 3. Juli 1920. Sie hindert die Entwicklung des Vereins und durchkreuzt die Absichten und Pläne der Verwaltung, die es sich gerade im verflossenen Vereinsjahre zur Aufgabe gemacht hat, das 75-jährige Bestehen des Vereins in würdiger Form zu begehen. Die Ursachen des Mißgeschicks dieser Festlichkeit sind allbekannter Natur. Zunächst war es die Ebbe, die in der Vereinskasse seit der Requisition herrscht und bis zur Aufhebung der letzteren nicht nachlassen wird. Aus dem Kassenbericht ist ersichtlich, daß der Verein als Besitzer des Immobilien über keine beträchtlichen Einnahmen verfügt. Der gegenwärtige Vorstand hat nichts unterlassen, um die Puschung der Requisition zu bewirken und umschüssige Male ist ihm von hoher und maßgebender Stelle das Verprechen gegeben worden, daß eine Wandlung in dieser Angelegenheit bereits eine beschlossene Sache sei. Bis zum heutigen Tag ist aber alles beim alten. Der Verein hat bis jetzt keine Mittel erhalten und da er Steuern und Abgaben für sein Grundstück zahlen muß, diese aber nicht zahlen kann, wurde seine Existenz, die ihm aus den an und für sich sehr beträchtlichen Wohnungen zufließen, von der Steuerbehörde mit Beschlag belegt. Unter den Umständen war es der Verwaltung nicht möglich, den gesellschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen der Vereinsmitglieder in dem Maße Rechnung zu tragen, wie man es sich gedacht hat. Aber auch hier wie in allen anderen Fragen des Vereinslebens galt das Sprichwort: Rasten heißt ruhen, und den beiden Vorstehenden gebührt jenseits des Gesamtverbandes die Anerkennung, durch Energie und Arbeitslust die Interessen des Vereins nach innen und außen in zweckdienlicher Weise gewahrt zu haben. Der Verein zählt gegenwärtig 280 zahlende Mitglieder. Der Vorstand trat während des Berichtsjahres durchschnittlich drei Mal im Monat zur Sitzung zusammen. Es fanden insgesamt 36 Singstunden statt. Seit Oktober 1921 ist Herr Wolski Puntal Dirigent des Vereins. Unter ihm wurden zahlreiche neue Mitglieder eingestrichen.“

Hierauf verlas der stellvertretende Kassierer Herr Willy Schütz, den Kassenbericht für die Vereinsjahre 1920—1921, der mit einem Antrage des Herrn Dzwonig angenommen wurde. Sodann wurde der gesamte bisherige Vorstand entlassen und ihm der Dank der Versammlung für die Mithewaltung ausgesprochen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Präses: Leopold Gantner, Vizepräses: Julius Sühle, Kassierer: Karl John und Willy Schütz, Schriftführer: Walwinzli und Willy Goltz, Wirte: Gustav Hofmann und Reinhardt. Revisionskommission: Paul Sanna und Admet. Musikkommission: Gieseler, Sieckhaus, Kanner und Paul Schilde. Der Antrag des Herrn J. Mannaberg betr. „Uebertragung des Immobilien an eine zu bildende Gesellschaft in Form der Aktiengesellschaft oder S. m. b. H.“ wurde einem Ausschusse zur Prüfung übertragen, welcher innerhalb von 4 Wochen seitens des Vorstandes gebildet werden soll. Es wurde beschlossen, den Mitgliedsbeitrag auf 300 Mark im Monat und das einmalige Einschreibegeld für neuangenehmen Mitglieder auf 2000 Mark zu erhöhen. Nachdem Herr Albert Schilde der Dank der Versammlung für die Leitung der Generalversammlung ausgesprochen worden war, wurde die Versammlung um 1 Uhr nachts geschlossen.

Christliche Gewerkschaft. Die diesjährige Generalversammlung des Berufsverbandes deutscher Textilarbeiter „Christliche Gewerkschaft“ findet am Donnerstag, den 15. d. M., um 8 Uhr nachmittags, im eigenen Lokal, (Petrikauer 283) statt. Die Mitglieder werden um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.

Kurze telegraphische Meldungen.

Die in Wilna weilenden italienischen Journalisten wurden von General Żeligowski empfangen. Der Generalsekretär der polnisch-österreichischen Handelskammer in Wien, Widinski, ist in Warschau eingetroffen um an den Verhandlungen über einen polnisch-österreichischen Handelsvertrag teilzunehmen.

Letzte Nachrichten.

Eröffnung der internationalen Ausstellung in Wiga.

Wiga, 11. Juni. (Pat.) Heute wurde in Anwesenheit des lettischen Staatschefs sowie der Vertreter der Regierung und des Diplomatenkorps in Wiga die zweite internationale Ausstellung feierlich eröffnet. Die Feierlichkeiten schloß mit einem Bankett. Der Feierlichkeit wohnte der polnische Gesandte Herr Jodo bei.

Große Landwerbungen bei Odessa durch ein deutsches Bankkonjunktum.

Bordeaux, 12. Juni. (Pat.) Aus Berlin wird berichtet, daß ein deutsches Bankkonjunktum eine Konzeption zur Ausdehnung von 200 000 Dessjatinen Land in der Umgegend von Odessa erhält.

Ein tschechoslowakisch-ukrainischer Vertrag.

Charkow, 12. Juni. (A. W.) In Prag wurde zwischen der tschechoslowakischen und der ukrainischen diplomatischen Vertretung geschlossen, wonach die tschechoslowakische die Sowjetunion als jure anerkennt. Andere Vertreter der Ukraine, die sich der Sowjetunion entgegenstellen, werden nicht anerkannt. Der Vertrag legt die formalen diplomatischen, konsularischen und wirtschaftlichen Verhältnisse fest.

Polnische Börsen.

Warschau, 12. Juni.
Millionówka 1490-1525-1500
4 1/2 Proz. Pfdb. d. Bodenkreditges. 1. 100 Rbl.
4 1/2 Proz. Pfdb. d. Bodenkreditges. 1. 100 Mk. 57-58-57

Valuten:

Dollars 4150-4210-4170
Franz. Franks 374-389
Italienische Lire 218-50

Cheques:

Belgien 352.50-353.50
Berlin 13.52-13.61
Budapest 4.95
Danzig 18.65-18.66-18.67
Holland 1675-1680
London 18900-18875-18900
New-York 4195-4210
Paris 379-382-381
Prag 31.25-31.50-31.25
Schweiz 807.50-810
Stockholm 1085
Wien 25.75-25 1/2

Aktien:

Kreditbank 3500-3400
Westbank 3550-3750-3800
Warsch. Ges. d. Zuckerfabr. 33750-34500
Fitzley 700-675
Holz-Industrie 1550-1575
Kohlengesellschaft 29980-29885-30000
Zyrardow 72000-72000
Lilpop 284
Ostrowicer Werke 7650-7600
Rudski 2435
Starachowice 5425-5444-5430
Borkowski 1275-1260
Schiffahrtsgesellschaft 1775-1860
Naphtha 1950

Gaupfdruckerei Adolf Kargel.
Verantwortlich: für Politik: Hugo Wierzyński; für Lokales und den übrigen unpolitischen Teil: Adolf Kargel; für den Einzelteil: Gustav Ewald; Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H., Leiter Dr. Eduard v. Behrens.

